

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Boten 2,30 RM., bei Zustellung durch den Boten 2,40 RM. wöchentlich 60 Pf. Alle Postanträge sind an die Geschäftsstelle zu richten. In Halle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zahlung des Bezugspreises. — Abschließung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die älteste Nummer 20 Rpfg., die älteste Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer, die älteste Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Wilsdruffer. Nachmittagsblätter 20 Wilsdruffer. Wochentage und Wochenblätter 100 Wilsdruffer. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Nr. 239 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Polizeidr.: Dresden 2640

Montag, den 13. Oktober 1930

Der Start.

Im innenpolitischen Wirrwarr der letzten Tage ist mit dem Zusammentritt des Reichstages wenigstens nach einer Richtung hin eine Art Klärung eingetreten. „Sieg er, liegt er nicht?“ Wie Greichen im „Faust“ nahm man ja das politische Numenorakel darüber in Anspruch, ob es dem Reichskanzler Dr. Brüning und seinem Kabinett überhaupt nach dem Zusammentritt des Reichstages noch gelingen wird, zu „starten“. Liegen doch von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite Mißtrauensanträge gegen die Regierung bereits vor, außerdem weitere Anträge der Flügelparteien, die Notverordnungen aufzuheben. Die Annahme eines dieser Anträge — deren Beratung natürlich allem anderen vorgeht — bedeutet und muß bedeuten entweder den Konflikt zwischen Regierung und Reichstag, also die bereits angedrohte Vorseitigung des „außerparlamentarischen Weges“, oder den Austritt des Kabinetts. Zu der furchtbaren Wirtschaftskrise in Deutschland würden wir dann auch noch eine in ihrer Dauer gar nicht absehbare Regierungskrise erhalten, die obenhin noch sehr gefährliche Rückwirkungen im Ausland haben müßte. Denn die Verhandlungen über den Überbrückungskredit der 500 Millionen, der vom Ausland zur Verfügung gestellt wird, sind erfolgreich zu Ende geführt worden, aber dieser Erfolg bleibt abhängig von der innenpolitischen Weiterentwicklung in Deutschland.

Die Rücksicht auf das Ausland hat zunächst eins der Starthindernisse für das Kabinett Brüning aus der Bahn geräumt. Eine „Disziplinierung“ der Deutschen Volkspartei von der Regierung Brüning kommt zurzeit nicht in Frage, die „Curtius-Krise“ ist für den Augenblick jedenfalls eine Angelegenheit von gestern. Die Volkspartei will aber mit den andern Nachbarparteien „über das Regierungsprogramm verhandeln“, — man wird abzuwarten haben, ob etwaige Meinungsdivergenzen gegenüber den Vorschlägen der Regierung, die in den zweieinhalb Duzend Gesetzentwürfen nieder- und dem Reichstag vorgelegt werden, irgendwelche politische Folgen haben werden, — aber das sind Sorgen einer nicht unerheblich späteren Zukunft. Allerdings sieht es noch bei andern Gruppen der Mitte etwas „düster“ für Dr. Brüning aus, weil dort Strömungen nach der Richtung hin gehen, das politische Schwergewicht des Kabinetts nach rechts hinüberzuverschieben, zum mindesten gegen jede direkte oder indirekte Einflussnahme der Sozialdemokratie eine feste Mauer zu errichten.

Bisher war ja das stärkste Starthindernis: Wie stellt sich die Sozialdemokratie zu Dr. Brüning bzw. zu den Mißtrauensanträgen und den Notverordnungen? Auch hierüber ist jetzt eine Art Klarheit geschaffen worden: die Partei läßt sich durch die Mißtrauensanträge der Rechts- und Linkradikalen „nicht zu einer Stellungnahme nötigen“, — woraus zu entnehmen ist, daß sie nicht für die Anträge stimmen wird. Und mit besonderer Schärfe wendet sich das parlamentarische Organ der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, gegen die Versuche, im Reichstag durch Mehrheitsbeschluß die sofortige Aufhebung der Notverordnungen herbeizuführen; da mache die Sozialdemokratie einfach nicht mit, denn diese Aufhebung würde „nur ein wüßes Durcheinander schaffen“, würde „die schwerste Erschütterung der öffentlichen Finanzen bedeuten“. Nun sollen ja die Notverordnungen in absehbarer Zeit — wenn parlamentarisch das Rennen so abläuft, wie die Regierung es sich das denkt — erlegt werden durch die Annahme der jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe und bei deren endgültiger Gestaltung will die Sozialdemokratie ihre Mitarbeit einsehen. Wobei aber auch hier nicht unerwähnt bleiben darf, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie sich Widerstände gegen diese offizielle Haltung der Partei geltend machen und die derzeitigen Lokalkämpfe, so im Augenblick die Auseinandersetzungen in der Berliner Metallindustrie und der eine Lohnverabredung verfügende Schiedsspruch, leicht eine weitere Radikalisierung der Massen herbeiführen, dadurch auch jene Widerstände zum Anwachsen bringen können. Immerhin bedeutet im Augenblick dieser Entschluß der Sozialdemokratie, die Angriffe der unbedingten parlamentarischen Gegner des Kabinetts nicht zu unterstützen, doch eine nicht unerhebliche Klärung der Lage und der — Startansichten Dr. Brünings. Sie sind sehr viel günstiger geworden als noch in der vergangenen Woche.

Das Ausland borgt uns 500 Millionen.

Eine Vertrauensstudie für Deutschland. Die Verhandlungen über den großen Dollar-Kredit des Reiches im Betrage von 125 Millionen Dollar sind zum Abschluß gelangt. Die Realverzinsung wird weniger als sieben Prozent betragen und damit wesentlich günstiger für den Schuldner sein als die Young-Anleihe. Der Abschluß des Auslandskredites für das Reich in einem Betrage, der 500 Millionen Reichsmark entspricht, bedeutet eine Vertrauensstudie des Auslandes in die Fähigkeit Deutschlands, seiner finanzpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Kanzler Brüning tritt vor den Reichstag

Die Regierung wird sprechen.

Die Erhaltung des Kabinetts. In der beginnenden Woche wird der Reichskanzler im Reichstag die Erklärung des Kabinetts abgeben. Der Tag steht noch nicht fest, weil er davon abhängt, wie rasch die Errichtung des neuen Reichstages und die Wahl des Präsidiums vor sich gehen wird. In einer Besprechung, an der die Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, wurden die Grundzüge der Programmklärung festgelegt. Was über die innere Politik und über die auswärtige Politik als Willensmeinung des Gesamtkabinetts vorgebracht werden soll, wird so leicht nicht festzustellen sein bei den verschiedenartigen Wünschen, die die einzelnen in der Regierung vertretenen Parteien haben. Daß mehrere Parteien starke Vorstöße gegen die Pläne unternehmen werden, kann nicht bezweifelt werden.

Zimmer mehr befestigt sich der Eindruck, daß die stärksten Widerstände, denen das Kabinett Brüning begegnet, nicht von der Sozialdemokratie herkommen, daß nicht die beiden großen Parteien, Sozialdemokratie und Nationalsozialisten, der Regierung gefährlich werden könnten, sondern daß die Gefahren innerhalb des Regierungsblochs selber zu suchen sind, und daß es nicht nur einer ungewöhnlichen Geschicklichkeit, sondern auch einer großen Festigkeit des Reichskanzlers bedürfen wird, um das Kabinett zusammenzubalten.

Reichskanzler Brüning wird noch mit einer Reihe von Parlamentariern sprechen. Ziel ist dabei u. a., zu erreichen, daß sich der Reichstag nach Erledigung des Überbrückungskredits und des Kampfes um Notverordnungen und Mißtrauensanträge möglichst lange, jedenfalls bis in den Dezember hinein, vertage.

Die Präsidentenwahl im Reichstage.

Für Montag ist eine Fraktionsführerversammlung im Reichstage vorgesehen, die insbesondere der Vorbereitung der Präsidentenwahl gelten soll. Da die Sozialdemokratie als die stärkste Partei in den Reichstag eingezogen ist und da die sachlichen Fähigkeiten des Präsidenten Löbe allgemein anerkannt werden, ist mit seiner Wiederwahl zu rechnen. In die Befegung der drei Vizepräsidentenposten werden sich nicht etwa die drei nächststärksten Fraktionen einfach zu teilen haben; dieser Grundsatz ist schon im letzten Reichstag nicht mehr in Anwendung gekommen. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Wahl des Präsidenten bis Mittwoch verschoben wird.

Männer, die gingen, und Männer, die kamen.

Welt haben sich die Parteien des Reichstages geöffnet und hinein strömen in mehr als Bataillonsstärke die neuen Volksvertreter. Und wenn man die Scharen sieht, so darf man bald zittern: „Doch sieh, es fehlt manch teures Haupt!“ Denn in reicher Zahl wurden die Abgeordneten des vergangenen Reichstages Opfer der Volksstimmung, bisweilen verzichteten sie — freiwillig oder sehr ungerne — auf ein weiteres Verbleiben um die Günstigkeit der Wähler, — doch reiche Ernte hielt der parlamentarische Tod. Aber auch viele neue Gesichter tauchen auf.

Als der vergangene Reichstag 1928 zusammentrat, da zählte die deutschnationale Fraktion 78 Mitglieder; von diesen fehlten viele im neuen Reichstag. Was bei dem Vergleich zwischen jenem einst und heute auffällt, das ist: alle Vertreter der Industrie, soweit sie der früheren deutschnationalen Reichstagsfraktion angehörten, sind zu Männern geworden, die gehen, aber nicht wiederkehren. Ob das der Generaldirektor bei Blohm u. Voß in Hamburg ist, unferer größten Schiffswerft, oder Dr. Klönne, der Dortmunder Schwerindustrie, ob Dr. Reichert vom Eisen- und Stahlverband oder Dr. Nademacher, der bei der Deutschen Erdöl A.-G. Direktor ist, ob der Zellulosefabrikant Dr. Lejeune-Jung oder gar der Generalgewaltige der Rheinischen Stahlwerke, Dr. Hafflacher, sie alle, alle liegen im parlamentarischen Grabe. Und neben ihnen wurden auch noch zwei von den vier Hochschulpromotoren beerdigt, die einst bei den Deutschnationalen saßen: der als Außenpolitiker sehr bekannte Prof. Höffsch von der Berliner Universität und sein nationalökonomischer Kollege in Königsberg Prof. Freyer. Gefallen auf dem Schlachtfelde des Wahlkampfes ist auch der einst im Weltkrieg unbesiegbare „tolle Nullah“, Deutsch-Ostafrikas letzter Schutztruppenkommandeur, General von Lettow-Vorbeck. Und noch zwei Männer, die gingen, sollen hier erwähnt werden, die wohl politische Gegner im Parlament hatten, doch keinen Feind, weil man sie als Menschen schätzte: das ist der frühere Staatssekretär des Innern Wallraf und sein allerdings sehr viel späterer Nachfolger im Reichsinnenministerium, Dr. von Kundell.

Die „militärische Macht“ im Reichstage hat außerdem noch den Volksparteier Admiral Brüninghaus verloren und nur der Generalleutnant von Epp, der zu den Nationalsozialisten gehört, durfte wiederkehren. Aber er hat ja nun eine überstarke „Konkurrenz“ in Generaloberst von Seeck erhalten, dem Militär — und dem Politiker ersten Ranges. Er

ist ein Mann, den auch seine Gegner nur sachlich bekämpfen können; denn in ihm verkörpert sich ein großer Teil der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Deutschlands, dessen Schicksal oft in seinen Händen lag; und seine Partei braucht ihn. Denn auch bei den Volksparteiern holte sich der parlamentarische Tod ebenfalls zahlreiche Opfer. Auch hier in erster Linie aus den Reihen der Industriellen. Da blieb einer der wirklichen Rösche „auf der Strecke“, Dr. von Kaumer, der in der deutschen Elektrizitätsindustrie eine so große, auch nach außen hin bedeutsame Rolle spielt; die Vereinigten Stahlwerke haben kein Vorstandsmitglied mehr im Reichstag sitzen wie bisher in ihrem Generaldirektor Hueb und Herr von Giffa, einst die militärische Hand Roskes und jetzt gleichfalls zu den Größen der Schwerindustrie gehörig, hat nur zwei Jahre unten im Sitzungssaal verweilt, nachdem er so lange oben auf der Regierungstrübene eine viel wichtigere Persönlichkeit gewesen war. Ob er nicht zum drittenmal, später, wiederkommen wird? Immerhin ist bei der deutschnationalen Fraktion ein „Keuling“ aufgetaucht, der im deutschen Wirtschaftsleben eine gewaltige Bedeutung hat — allerdings sagt heute mancher: hatte —, nämlich ein Mann, der zu den Leitern erst der Deutschen Bank, dann der „Debi“, der neuen Raumfahrt gehört, Dr. von Stauff. Wenn man mal um einen neuen Finanzminister verlegen sein sollte, so wäre er, um mit Fritz Reuters Frau Pahor zu reden, „ja wohl der nächste dazu“. Ein anderer Bankdirektor ist es auch einmal gewesen, übrigens eine wirkliche echte „Erzelenz“, der jetzt gleichfalls zu den Männern gehört, die gingen und nicht wiederkommen: das ist Dr. Dornburg, der ja auch mal Staatssekretär im Kolonialamt und dann Reichsfinanzminister war. Mit ihm gingen zahlreiche Demokraten; von den früheren 25 Mitgliedern der Fraktion lehrten überhaupt nur zehn wieder. Doch gefiel sich zu ihnen ein weiterer Kandidat für das Reichsinnenministerium, der allerdings diesen Reich vor einiger Zeit noch einmal an sich vorübergehen ließ: der preussische Finanzminister Dr. Hoyer-Hachfeldt.

Es ist also ein ganz stattliches Beisensfeld, auf dem wir freilich nur die prominentesten Grabsteine besuchen. Ja, und die Männer, die kommen, neu hineinkommen in den Reichstag? Die paar, von denen man sagen kann, daß sie über den Kreis ihrer Partei hinaus bekannt sind, wurden schon erwähnt; nennen mag man den früheren „Rapp-Minister“ Dr. Schiele, — doch nein, den „berühmtesten“ wollen wir nicht vergessen, der ja nun nach langem, langem Fernbleiben wieder in die Hallen des Reichstages hineintritt, des Reichstages — eines andern freilich als damals —, über den er das buchmanuelle Wort von dem „Leutnant und zehn Mann“ gesprochen hat: der deutschnationale Herr von Oldenburg-Januschau. Es ist ja, seit dieser Satz aus seinem Munde kam, ein halbes Menschenalter vergangen und die Zeit ist anders, so ganz anders geworden. Herr von Oldenburg wohl auch. Nicht mehr als zu viele „Kollegen“ von damals wird er im Sitzungssaal wiederleben. Denn viel schneller als der natürliche tritt der parlamentarische Tod den Menschen an.

Nur einer ist's, der immer wiederkehrt, der nach jeder Richtung hin das älteste Mitglied des Reichstages ist: schon 32 Jahre ununterbrochen Angehöriger dieser Volksvertretung und zugleich ihr Alterspräsident ist der 82jährige Zentrumsgesandte Dr. Herold. Er läutet in der ersten Sitzung des neuen Reichstages seine Schäflein zusammen, die — so gerne kommen!

Und wenn jetzt die Tagung des fünften Deutschen Reichstages beginnt, dann mag man mit Bedauern viele Männer vermissen, die gingen; und jene, die neu hereinkommen, müssen doch wohl zum großen Teil erst beweisen, ob sie — Männer sind. Dr. Joh. Frieg.

Das Pensionstüzungsgesetz zurückgestellt.

Von der Tagesordnung des Reichstages abgesetzt. Der Reichstag hielt eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß als neuer Reichsratsbevollmächtigter für Braunschweig Minister Dr. Rüdiger und zu seinem Stellvertreter Minister Dr. Franzen ernannt worden ist. Das Pensionstüzungsgesetz wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Der Reichstag genehmigte eine Ergänzung zum finnischen Handelsvertrag, die sich auf die Butter- und Käseölle bezieht, ferner die Handelsverträge mit Irland und Haiti. Ebenso wurde einem Gesetzentwurf zugestimmt, durch den die staatliche Aufsicht über die privaten Versicherungsgesellschaften verschärft wird. Die Vorlage wurde bereits aus Anlaß des Zusammenbruchs der Frankfurter Allgemeinen angefündigt.

Gegen Diktatur und Faschismus.

Löbe am Vorabend des Reichstagszusammentritts. Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete eine Kundgebung gegen Diktatur und Faschismus, für Demokratie und Arbeiterrecht. Reichstagspräsident Löbe führte u. a. aus: Am Vorabend des Zusammentritts des Reichstages wollte die Sozialdemokratie der Reichstagsfraktion zeigen, daß sie ihren Kampf im Parlament, geführt auf ihre Millionen politisch gescheiter Anhänger begründen könne. Die Sozialdemokratie werde den Gegnern ihren eisernen Willen und, wenn es notwendig wäre,